

□□□□□□□□□□	Nichtamtlicher Teil	□□□□□□□□□□
------------	----------------------------	------------

Aus den Archiven des belgischen Kolonialministeriums.

(Zehnte Veröffentlichung.)*

Ein amtliches belgisches Urteil über die Verletzung der Handelsfreiheit am Kongo durch den Kongostaat und über dessen Monopolwirtschaft.

In dem Kampf um die Frage der Zulässigkeit und der Vereinbarkeit mit den Bestimmungen der Berliner Kongoaakte des von Leopold II. 1891/92 eingeführten Domanialsystems, das das Monopolwesen und den auf die Eingeborenen rücksichtslos ausgeübten Arbeitszwang bzw. die Einführung der Steuerleistung in Gestalt von Lieferung von Bodenprodukten, vor allem von Kautschuk, zur Folge hatte, sind Ströme von Linte geflossen. Berge von Akten, Büchern, Broschüren und Zeitungsartikeln pro und contra haben sich aufgehäuft. Die Parlamente in England, Belgien und Italien, auch der Deutsche Reichstag haben sich mit der Frage befaßt, die in den belgischen Kammern jahrelang zu den heftigsten Auseinandersetzungen geführt hat. Gesellschaften, wie in England die «Congo Reform Association» unter Führung von E. D. Morel, in Deutschland die „Kongoliga zum Schutze der Eingeborenen“ unter E. Bohlen, in Belgien die «Fédération pour la défense des intérêts belges à l'étranger», sind zur Bekämpfung oder zur Verteidigung der Zustände am Kongo ins Leben gerufen worden. Ein mit ungemeinen, aus den unkontrollierten Einnahmen der Fondation de la Couronne fließenden Mitteln gespeistes System von Agenten suchte in den Vereinigten Staaten mit Unterstützung des Merus die dortige gegnerische Bewegung und den Kongreß zugunsten des Kongostaates zu beeinflussen. Ein geschickt geleitetes und ad hoc geschaffenes Pressebureau, das mit Bestechungsgeldern nicht zu sparen brauchte, gewann mit Erfolg einen erheblichen Teil der belgischen Presse, erstreckte seine Tätigkeit auch auf Deutschland, Österreich, Italien, Frankreich und England. Nicht ohne Erfolg, besonders in Deutschland, suchte es die Meinung zu verbreiten, daß der Anlaß zu dem von England aus geführten Kampf gegen die Zustände am Kongo ausschließlich in dem dort entstandenen Neid auf die glänzende Entwicklung und das Emporblühen des kongoleisichen Handels zurückzuführen sei, und daß England im stillen danach strebe, sich des Kongostaates zu bemächtigen. Das lief auf eine bewußte Irreführung der öffentlichen Meinung hinaus. Ein zeitweiliger Leiter des Pressebureaus, Professor Molin, vertieg sich zu folgender Verteidigung des Systems: „Et quand même il serait prouvé que le système du travail forcé est, de tous les systèmes coloniaux, celui qui prête le plus aux abus, quand même il serait prouvé qu'il est caractérisé par le taux le plus élevé de criminalité coloniale, encore faudrait-il l'approuver et l'appliquer parce qu'il est nécessaire.“

Solche Ansichten sind nur dann verständlich, wenn man den Kongostaat nicht als eine Kolonialmacht, sondern als ein Finanzunternehmen ansieht, das er schließlich auch der Hauptzack nach war. Seine Erträgnisse sollten nicht der Kolonie selbst, sondern ganz anderen Zwecken zugute kommen.

Was schließlich auch alles zur Verteidigung des Leopoldinischen Systems geschrieben, gedruckt und geredet worden ist, es wurde hinfällig allein durch die Tatsache, daß nach der Annexion und nach dem Ableben Leopolds auf allen Gebieten der Verwaltung seiner Schöpfung sehr einschneidende Änderungen und Reformen allgemein als dringend nötig anerkannt worden sind und sich durchgesetzt haben. Ein genugamer Beweis, daß das alte System eben verfehlt und für die Allgemeinheit äußerst schädlich war.

Schon als der Kongo-Souverän seine Ablehr von der ihm durch die Kongoaakte vorgeschriebenen Stellung in den wirtschaftlichen Fragen vollzog, hatte das belgische Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten durch den Minister Beernaert seine warnende Stimme erhoben und vor der neuen Politik und ihren Folgen vergeblich gewarnt.

Ein neuerdings aufgefundenes Aktenstück aus dem Jahre 1908 läßt erkennen, daß dieses Ministerium seiner Ansicht über die Unvereinbarkeit der kongoleisichen Monopol- und Domanialswirtschaft mit den Bestimmungen der Kongoaakte treu geblieben ist.

*) Bgl. zuletzt „D. Kol. Bl.“ 1917, Nr. 13/14, S. 189 ff.

Bemerkenswert an dem im nachfolgenden zum Abdruck gebrachten Dokument ist besonders die Art und Weise, wie in demselben die zahlreichen Rechtsgutachten, die der Kongostaat zur Verteidigung seiner Maßnahmen sich gegen gutes Honorar hatte anfertigen lassen, beurteilt werden und wie in demselben nachgewiesen wird, daß diesen Gutachten samt und sonders ein fundamentales Jrrtum zugrunde liegt und daß daher das Monopolssystem des Kongostaates die volle Verurteilung verdiene, die es von Seiten der Gegner des Leopoldinischen Systems erfahren hat.

Der ungenannte Verfasser der Denkschrift bekräftigt, der englischen Regierung gegenüber zu vermeiden, in eine Erörterung der Berechtigung der von der Kongoregierung befolgten Methoden einzutreten. Ferner wird abgelehnt, der englischen Regierung damals schon die gewünschten ausführlichen Mitteilungen über die zur Abstellung der Mißstände geplanten Maßnahmen zu machen. Das erscheint verständlich und in der Sache begründet. Bei der großen Tragweite der geplanten Reformen auf die finanzielle Lage der Kolonie und auch auf die des Mutterlandes mußte es der Regierung geboten erscheinen, mit aller Vorsicht vorzugehen und sich nicht durch die Abgabe bestimmter Erklärungen von vornherein festzulegen und sich die Hände zu binden. Man sieht aus der Denkschrift auch, daß deren Verfasser die großen finanziellen Schwierigkeiten, die sich für Belgien aus der Annexion des Kongo ergeben müßten, in sehr zutreffender Weise vorausgesehen hat. Sie haben sich freilich infolge der Verschleuderung der natürlichen Reichtümer der Kolonie an die mannigfachen Konzeßionsgesellschaften und durch die Belastung der Aktiven mit den 100 Millionen, die dem Kongo-Souverän unter verschiedenen Formen bei der Annexion zur Verfügung zu stellen waren, schließlich als noch größer herausgestellt, wie der ärgste Besimist damals annehmen konnte.

Überiegung.

Les articles 1 à 5 de l'Acte de Berlin établissent dans le Bassin du Congo la complète liberté de commerce, avec interdiction de tout traitement différentiel et de tout monopole ainsi que l'égalité de traitement des étrangers et des nationaux.

Le 29 janvier, le Ministre des Affaires Étrangères déclarait aux Ministres d'Angleterre et des États Unis que la Belgique appliquerait ses engagements dans leur teneur et dans leur portée, avec le même soin, la même loyauté qu'il met à appliquer les conventions de toute nature qui la lient vis-à-vis de la Grande Bretagne et des autres Puissances.

La dépêche du 4 mars au Comte de Laing rappelle que le régime spécial que les Actes de Berlin et de Bruxelles établissent dans le Bassin Conventionnel du Congo, sera obligatoire pour la Belgique comme pour toutes les Puissances qui ont des possessions dans le bassin. Mais le Ministre des Affaires Étrangères ajoute que la Belgique ne comprendrait pas qu'elle pût être mise en demeure de fournir des indications complètes sur les mesures qu'elle serait amenée à prendre à ce sujet.

Le Memorandum Belge du 23 avril répète que „se rendant un compte exacte des obligations qu'elle a contractées aux conférences de Berlin et de Bruxelles, la Belgique a la ferme intention qu'il y ait au Congo le régime économique le plus large, et que l'expansion du commerce et de l'industrie y soit favorisée dans la mesure la plus libérale sans distinguer entre les nationaux et les étrangers“.

Die Artikel 1 bis 5 der Berliner Akte setzen im Kongobecken die vollständige Handelsfreiheit mit Unterjagung jedweder unterschiedlichen Behandlung und jeden Monopols sowie die Gleichheit der Behandlung der Fremden und der eigenen Staatsangehörigen fest.

Der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten erklärte am 29. Januar den Gesandten Englands und der Vereinigten Staaten, daß Belgien seinen Verpflichtungen nach ihrem Wortlaut und ihrer Bedeutung mit derselben Sorgfalt, derselben Loyalität nachkommen werde, die es auf die Vereinbarungen aller Art anwende, welche es gegenüber England und den anderen Mächten binden.

Die Depesche an den Grafen de Laing vom 4. März erinnert daran, daß die Sonderordnung, die die Berliner und die Brüsseler Akte für das konventionelle Kongobecken festsetzten, für Belgien wie für alle Mächte, die in dem Becken Besitzungen haben, verbindlich ist. Aber der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten fügt hinzu, daß Belgien nicht verstehen würde, wieso es angehalten werden könne, vollständige Angaben über die Maßnahmen zu liefern, die es Veranlassung nehmen könne, nach dieser Richtung zu ergreifen.

Das belgische Memorandum vom 23. April wiederholt, daß „Belgien, indem es sich genaue Rechenschaft hinsichtlich der Verpflichtungen gibt, die es auf den Konferenzen von Berlin und Brüssel übernommen hat, die feste Absicht hat, am Kongo die freieste wirtschaftliche Ordnung zu schaffen und daß die Ausdehnung des Handels und der Industrie dort in der freiestmöglichen Weise, ohne Unterschied zwischen eigenen Staatsangehörigen und Fremden, zu begünstigen ist.“

La position que nous avons prise vis-à-vis de l'Angleterre, ainsi résumée est très nette.

Absolument catégoriques sur la question de principe, c'est à dire sur l'interprétation aussi large que possible de la liberté commerciale, nous nous refusons à donner des indications complètes sur les mesures qui seront prises.

L'attitude du Gouvernement devant les Chambres doit être en harmonie parfaite avec celle que nous observons vis-à-vis de l'Angleterre en ce qui concerne l'observation stricte et complète des traités internationaux.

On demande que le Gouvernement aille plus loin et qu'il se prononce sur le fond, qu'il expose quelle est son interprétation des clauses de l'Acte de Berlin, et qu'il apprécie la thèse de l'occupation des terres vacantes, telle que l'Etat du Congo l'a conçue et appliquée.

Il semble que le Gouvernement doit se refuser absolument à s'engager dans cette voie. Ce serait provoquer de nouveaux conflits avec l'Angleterre, et perdre tout le bénéfice de la forte situation prise dans la correspondance diplomatique.

Tout d'abord la thèse de l'Etat du Congo sur la propriété des terres vacantes doit être complètement et soigneusement écartée du débat.

En elle-même et envisagée au point de vue des principes qui dominent et règlent le droit public, cette thèse est contestable malgré la confirmation que lui ont donnée de nombreuses consultations de juriconsultes, qui se répètent toutes.

Je ne m'y arrêterai pas ici. *Il suffira de remarquer que toutes ces consultations versent dans une erreur fondamentale. Elles prétendent que l'Acte de Berlin n'ayant pas fait mention du droit de l'Etat d'occuper les terres vacantes, ce droit peut et doit être appliqué dans toute sa rigueur et dans toute son étendue, sans tenir compte de la liberté commerciale, qui doit s'accommoder de cette application.*

Il en est résulté qu'en fait la liberté commerciale est lettre morte dans l'Etat du Congo, par la suppression de la matière commercable, sur laquelle l'Etat du Congo, sous le prétexte qu'il en est propriétaire, fait une main mise complète en ce qui concerne les principaux produits du sol.

Die Stellung, die wir England gegenüber eingenommen haben, ist auf diese Weise sehr klar zusammengefaßt.

Absolut bestimmt hinsichtlich der grundsätzlichen Frage, das heißt hinsichtlich der möglichst weitgehenden Auslegung des Begriffes der Handelsfreiheit, lehnen wir es ab, vollständige Angaben über die Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, zu liefern.

Die Haltung der Regierung vor den Kammen muß in vollständiger Übereinstimmung mit derjenigen sein, die wir hinsichtlich der strengen und vollständigen Innehaltung der internationalen Verträge England gegenüber einnehmen.

Es wird gefordert, daß die Regierung weitergehe und daß sie sich grundsätzlich ausspreche, daß sie ihre Auslegung der Bestimmungen der Berliner Akte darlege und daß sie zu der Ansicht des Kongostaates über die Besitzergreifung der herrenlosen Länderen, so wie dieser sie aufgewiesen und zur Anwendung gebracht hat, offene Stellung nehme.

Es scheint, daß die Regierung es unbedingt ablehnen sollte, diesen Weg zu beschreiten. Es würde erneute Streitigkeiten mit England bedeuten sowie den Verlust des Vorteils der starken Stellung, die in der diplomatischen Korrespondenz eingenommen worden ist.

Zunächst muß die Ansicht des Kongostaates über das Eigentum an den herrenlosen Länderen vollständig und sorgfältig von den Verhandlungen ferngehalten werden.

An und für sich und vom Standpunkt der Grundsätze, die das öffentliche Recht beherrschen und regeln, aus betrachtet, ist diese Ansicht bestreitbar, trotz der Bestätigung, die sie durch die zahlreichen Gutachten von Rechtsgelehrten, die sich sämtlich wiederholen, erfahren hat.

Ich will mich hier dabei nicht aufhalten. *Die Bemerkung dürfte genügen, daß alle diese Gutachten auf einen grundsätzlichen Irrtum hinauslaufen. Sie behaupten, daß, da die Berliner Akte das Recht des Staates auf Besitzergreifung der herrenlosen Länderen nicht erwähnt hat, dieses Recht in seiner ganzen Schärfe und in seiner ganzen Ausdehnung angewendet werden kann und muß, ohne Rücksicht auf die Handelsfreiheit, die sich dieser Anwendung anpassen muß.*

Daraus hat sich ergeben, daß die Handelsfreiheit tatsächlich im Kongostaat ein totes Buchstabe geblieben ist durch den Mangel an Handelswaren, auf die der Kongostaat unter dem Vorwand, daß er ihr Eigentümer sei, vollständig die Hand gelegt hat, soweit sie die hauptsächlichsten Warenprodukte betreffen.

Or, c'est la thèse contraire qui est vraie.

L'Etat du Congo s'est engagé formellement à établir et à respecter la liberté commerciale la plus étendue, par les traités internationaux qui sont le fondement de son existence comme Etat; il a renouvelé cette promesse en adhérant à l'Acte de Berlin, avant d'avoir procédé à aucune organisation de la propriété publique et privée. Il ne peut alléguer qu'à ce moment il exerçait ses prétendus droits souverains, et que les Puissances ne pouvaient les ignorer.

Son devoir vis-à-vis des puissances était donc incontestablement de n'user du droit qu'il s'arrogé sur les terres vacantes, que dans la mesure où le permettait des engagements internationaux clairs, précis, à l'exécution desquels il ne pouvait se soustraire.

La Belgique se trouve, au moment de l'annexion dans une situation semblable.

Rien ne l'oblige en reprenant l'Etat Indépendant, à adopter les théories de celui-ci sur les terres vacantes. Il serait semble-t-il imprudent de se lier à cet égard dès maintenant par des déclarations quelconques. Ce serait, de gaieté de coeur, renouveler le conflit avec l'Angleterre, qui, en réalité intervient parce qu'elle veut avoir l'assurance avant l'annexion, que la Belgique conserve sa liberté entière d'exécuter, dans leur teneur et leur portée, ses engagements internationaux, incompatibles avec les théories congolaises.

Nous avons dans notre memorandum, insisté sur les dispositions de la future loi coloniale qui sauvegardent cette entière liberté d'action.

En fait, il n'est nullement nécessaire de toucher à la Chambre la question théorique de la propriété des terres vacantes restera*) naturellement en dehors du débat, et il n'y a aucune raison de l'y introduire.

Quelle est la situation?

En prenant possession du Congo la Belgique se trouvera en présence:

¹⁰ De l'Etat qui exploite à son profit une grande partie du territoire.

²⁰ De compagnies concessionnaires qui jouissent jusqu'à présent de privilèges, ont certains droits acquis qu'il faudra respecter.

³⁰ Des engagements internationaux qui obligent à accorder la liberté commerciale et à s'abstenir de tout monopole ou privilège.

*) So im Original.

Nun aber ist die entgegengesetzte Ansicht die richtige.

Der Kongostaat hat sich förmlich verpflichtet, die weitestgehende Handelsfreiheit einzuführen und zu achten auf Grund der internationalen Verträge, die den Grundstein seiner staatlichen Existenz bilden, er hat diese Zusage wiederholt, als er der Berliner Akte beitrug, ohne daß er vorher an irgendeine Organisation des öffentlichen oder privaten Eigentums herangetreten wäre. Er kann daher auch nicht für sich geltend machen, daß er in diesem Augenblick seine angeblichen souveränen Rechte ausübte, und daß die Mächte sich darüber nicht im unklaren befinden konnten.

Seine Pflicht gegenüber den Mächten war es daher unbestreitbar, das Recht auf die herrenlosen Ländereien, das er sich anmaßte, nur nach Maßgabe der klaren und bestimmten Verpflichtungen, deren Innehaltung er sich nicht entziehen konnte, auszuüben.

Belgien befindet sich im Augenblick der Annexion in einer ähnlichen Lage.

Nichts zwingt es bei der Übernahme des unabhängigen Staates, dessen Theorien über die herrenlosen Ländereien anzunehmen. Es dürfte, so scheint es, unklug sein, sich nach dieser Richtung schon jetzt durch irgendwelche Erklärungen zu binden. Das würde bedeuten, leichtfertig den Streit mit England zu erneuern, das in Wirklichkeit eingreift, weil es vor der Annexion die Zusage zu haben wünscht, daß Belgien seine völlige Freiheit wahr, seinen internationalen Verpflichtungen, die mit den kongolefischen Theorien unvereinbar sind, ihrem Wortlaut und ihrer Tragweite gemäß nachzukommen.

Wir haben in unserem Memorandum auf die Bestimmungen des zukünftigen Kolonialgesetzes hingewiesen, die diese völlige Freiheit des Handels wahren.

In der Tat ist es keineswegs nötig, in der Kammer die theoretische Frage des Eigentums an den herrenlosen Ländereien zu berühren, sie wird naturgemäß außerhalb der Debatte bleiben, und es liegt kein Grund vor, sie zu berühren.

Wie ist die Sachlage?

Indem Belgien vom Kongo Besitz ergreift, wird es sich gegenüber befinden:

1. Dem Staat, der einen großen Teil des Gebietes zu seinem Vorteil ausnützt;

2. den Konzessionsgesellschaften, die bis jetzt Privilegien genießend, gewisse wohlverordnete Rechte haben, die geachtet werden müssen;

3. den internationalen Verpflichtungen, die dazu nötigen, die Handelsfreiheit zu gewähren und sich jeden Monopols oder Privilegs zu enthalten.

Ce sont ces trois éléments qu'il faudra concilier et accorder.

Mais il faut répéter ici que l'engagement international doit l'emporter sur les questions d'organisation intérieure. On objectera en vain que les engagements internationaux ne peuvent vinculer la souveraineté intérieure. Cela est vrai en principe, mais tous les traités quels qu'ils soient comportent des restrictions volontairement consenties à l'exercice de certains droits de la souveraineté intérieure. Ceci n'a pas besoin de démonstration.

La conséquence est claire.

Il n'y a à résoudre, en réalité, que des questions d'application, mais elles ne se posent vis-à-vis de l'étranger qu'après l'annexion.

Vis-à-vis du Parlement le Gouvernement pourrait sans doute dès à présent s'engager davantage. Déjà, dans ses déclarations antérieures, répétées et confirmées par le mémorandum du 23 Avril, et qui reviendront certainement dans les débats des Chambres, les Ministres ont tracé un véritable programme de Gouvernement. Cela paraît suffire en ce moment. Le reste viendra après l'annexion.

J'ai dit qu'il n'y avait en cause que des questions d'application.

1^o En ce qui concerne le domaine exploité par l'Etat, au moment de l'annexion: Cette exploitation pourra se continuer; elle se restreindra en fait avec l'introduction graduelle de la liberté du commerce, qui n'entraînera pas des occupations particulières immédiates, de toutes les parties du territoire que l'Etat s'est réservé jusqu'à présent.

2^o La question des concessions est plus difficile à résoudre parcequ'elle se complique de l'existence de droits acquis et des conséquences qui pourront en résulter pour les finances de l'Etat.

Cette question a été touchée dans le mémorandum du 23 Avril. Le Gouvernement l'a envisagée en fait en des termes qui impliquent qu'en soi le principe des concessions peut se concilier avec la liberté du commerce, et il l'a prouvé en rappelant que ce système existe dans les colonies voisines, même dans les colonies anglaises.

Pendant ces déclarations, il faut le reconnaître, sont virtuellement incompatibles avec le maintien de la thèse de l'Etat du Congo, sur la propriété primordiale des terres vacantes.

Das sind die drei Elemente, die miteinander ausgeglichen und in Übereinstimmung gebracht werden müssen.

Aber es muß hier wiederholt werden, daß die internationale Verpflichtung vor den Fragen der inneren Organisation den Vorrang haben muß. Man wird vergeblich einwenden, daß die internationalen Verpflichtungen die innerstaatliche Souveränität nicht fesseln können. Das ist im Prinzip zutreffend, aber alle Verträge, welche es auch seien, bedingen freiwillig eingegangene Beschränkungen in der Ausübung der innerstaatlichen Souveränität. Das erfordert keine besondere Darlegungen.

Die Folgen sind klar.

Es bleiben in Wirklichkeit nur Fragen der Anwendung zu lösen übrig, aber sie werden dem Ausland gegenüber erst nach der Annexion in Erscheinung treten.

Gegenüber dem Parlament könnte die Regierung sich zweifellos schon jetzt weiter binden. Die Minister haben bereits in früheren Erklärungen, die durch das Memorandum vom 23. April wiederholt und bestätigt worden sind, und die sich in den Debatten der Kammern wiederholen werden, ein wirkliches Programm der Regierung entworfen. Das dürfte für den Augenblick genügen. Der Rest wird nach der Annexion kommen.

Ich habe gesagt, daß nur Fragen der Anwendung in Betracht kommen.

1. Was die im Augenblick der Annexion durch den Staat ausgenutzte Domäne betrifft: Diese Ausnutzung könnte fortgesetzt werden, sie würde ihre tatsächliche Einschränkung mit der schrittweisen Einführung der Handelsfreiheit finden, die nicht die sofortige Inbesitznahme aller Teile des Gebietes, das der Staat bisher sich vorbehalten hat, durch Privatpersonen bedingen würde.

2. Die Frage der Konzessionen ist schwerer zu lösen, weil sie sich mit dem Vorhandensein von wohlverordneten Rechten und mit Folgen, die aus ihnen für die Finanzen des Staates entstehen können, verknüpft.

Diese Frage ist in dem Memorandum vom 23. April berührt worden. Die Regierung hat sie in der Tat in Ausdrücken behandelt, die erbegreifen, daß an sich das Prinzip der Konzessionen sich mit der Handelsfreiheit vereinbaren läßt, und sie hat dies bewiesen, indem sie daran erinnerte, daß dieses System in den Nachbarcolonien, selbst in den englischen, besteht.

Aber diese Erklärungen sind, wie zugegeben werden muß, tatsächlich mit der Aufrechterhaltung der Ansicht des Kongostaates über das ursprüngliche Eigentumsrecht auf die herrenlosen Länderstücke unvereinbar.

Les éléments de la solution sont indiqués dans le mémorandum :

1^o Respect des droits acquis, sauf à déterminer quels sont ces droits.

2^o Des arrangements nouveaux sont possibles avec les compagnies.

3^o Les actes actuels de concession des compagnies permettent de reconnaître dans leur sphère d'action aux indigènes des droits d'occupation très étendus, comprenant la libre disposition du sol, et ils permettent également d'y concéder aux commerçants nationaux et étrangers des terrains pour l'établissement de factoreries.

4^o L'exemple des Etats voisins fournira des précédents en montrant comment on y concilie avec la pratique de la liberté commerciale les droits accordés à des sociétés ou à des particuliers.

On peut légitimement espérer que ces divers éléments fourniront les bases de la solution du problème. Il suffit de faire ressortir ici que ces éléments sont empruntés à la situation de fait, et qu'on peut s'en servir sans devoir revenir sur l'appréciation en théorie des méthodes mises en oeuvre par l'Etat du Congo.

Un principe cependant est virtuellement abandonné et condamné par ces déclarations du Gouvernement. C'est celui du monopole que s'arrogeait l'Etat du Congo. Sur cette condamnation, il n'y a plus à revenir. Elle est irrévocablement acquise. La Belgique doit liquider la situation que ce monopole a créée; c'est un régime nouveau qu'elle doit instaurer au Congo, et ce régime doit se fonder sur l'observation des clauses de l'Acte de Berlin.

Là-dessus il n'y a pas de désaccord, mais on ne voit pas comment la recherche des transactions de fait qui s'imposent nécessite une reprise ou une défense de théories et de systèmes qui ne peuvent continuer à être appliqués.

Si ces considérations sont exactes, c'est l'avenir financier de la colonie qui fera naître les plus grandes difficultés, les éléments de la solution faisant ici défaut.

Die Elemente der Lösung sind in dem Memorandum angegeben:

1. Wohlverworbene Rechte sind zu achten mit dem Vorbehalt, zu untersuchen, welches diese Rechte sind;

2. neue Vereinbarungen mit den Gesellschaften sind möglich;

3. die gegenwärtigen Konzessionsakten der Gesellschaften gestatten, in deren Tätigkeitsgebieten den Eingeborenen sehr ausgedehnte Besitzrechte zuzuwenden, die die freie Verfügung über den Boden in sich schließen und sie gestatten gleichfalls, dort den Händlern eigener und fremder Nationalität Land zur Aufmachung von Faktoreien zu überweisen;

4. das Beispiel der Nachbarstaaten wird Vorgänge dafür liefern, wie man dort die Ausübung der Handelsfreiheit mit den den Gesellschaften oder Privatpersonen verliehenen Rechten in Übereinstimmung bringt.

Man kann begründeterweise hoffen, daß diese verschiedenen Elemente die Grundlagen zur Lösung des Problems liefern werden. Es genügt hier hervorzuheben, daß diese Elemente der Tatsachelage entnommen sind und daß man sich ihrer bedienen kann, ohne auf eine theoretische Würdigung der vom Kongostaat angewandten Methoden zurückzukommen.

Ein Grundgesetz indessen ist durch diese Erklärungen der Regierung tatsächlich verlassen und verurteilt. Das betrifft das Monopol, das der Kongostaat für sich in Anspruch nahm. Auf diese Beurteilung ist nicht weiter zurückzukommen. Sie ist unwiderruflich sicher. Belgien muß die Lage, die dieses Monopol geschaffen hat, regeln, es muß eine neue Ordnung am Kongo einrichten und diese muß sich auf der Beachtung der Bestimmungen der Berliner Akte gründen.

Darüber gibt es keine Meinungsverschiedenheit, aber man sieht nicht ein, wie die Suche nach Ausgleichungsmöglichkeiten, die sich aufdrängen, die Wiederaufnahme oder Verteidigung von Theorien und Systemen erfordert, die nicht mehr in Anwendung gebracht werden können.

Wenn diese Betrachtungen richtig sind, wird es die finanzielle Zukunft der Kolonie sein, die die größten Schwierigkeiten entstehen lassen wird; die Elemente zur Lösung dieser Frage fehlen hier.